

**Beschluss des Landesvorstandes der
MIT Nordrhein-Westfalen
Antrag zum CDU-Landesparteitag**

**Entlastungen statt neuer
Belastungen für Mittelstand und Industrie – jetzt!**

Die Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik der Ampel-Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP gefährdet unseren Mittelstand wie auch unsere Industrie massiv.

Dies spüren wir als Unternehmer jeden Tag. Dies kommt auch zunehmend bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an. Allein Anfang August 2024 überschlugen sich die Hiobsbotschaften: Das BIP fällt auf -0,1% und nicht einmal die sowieso desaströsen Prognosen des Wirtschaftsministeriums selbst (von +0,2%) sind zu halten. Die „Inflationsrate zieht überraschend wieder an“ titelt die Tagesschau und es zeigt sich, dass nun auch der Dienstleistungssektor verstärkt betroffen ist. Die Industrie kündigt an, dass sie auf breiter Front Preise wird erhöhen müssen, was die Standortfaktoren einer Exportnation massiv verschlechtern.

Investitionen in Deutschland gibt es kaum noch. Verlagerungen ins Ausland ist der letzte Strohalm für diejenigen Unternehmen, die dies realisieren können und zur Sicherung ihrer Existenz umsetzen müssen. Arbeitsplatzabbau am Standort Deutschland wird wöchentlich Woche angekündigt. Alarmierend hohe Zahlen in vielen Branchen, von Baugewerbe bis zum Handel zeigen die dramatische Lage.

Die CDU-geführte Landesregierung kann in dieser schwierigen Gesamtlage einige Erfolge vorweisen: Es ist gelungen einige Investitionsentscheidungen nach Nordrhein-Westfalen zu holen: F-35-Bau in Weeze, KI-Zentrum im Rheinischen Revier sind nur zwei Beispiele unter vielen. Die KPMG hat erst im April 2024 in einer Studie belegt, dass NRW inzwischen Bayern und Baden-Württemberg im Standortranking überholt hat. „Die Welt investiert an Rhein und Ruhr“ freute sich Hendrik Wüst über den Platz 1 bundesweit. Allerdings leider bei insgesamt massiv sich verschlechternden Rahmenbedingungen in Deutschland. Und inzwischen bei massiven Gefährdungen für gute Arbeit und Wohlstand auch hier bei uns.

Deswegen müssen wir weiterhin retten, was vor dem rot-grün-gelben Wirtschaftsabsturz zu retten ist. Nordrhein-Westfalen muss alles unterlassen, was weitere Unternehmen und Arbeitsplätze aus dem Land treibt. Jede - wirklich jede - Belastung des Standortes Nordrhein-Westfalen muss unterlassen werden.

Wir als CDU treten für einen Belastungsstopp für die NRW-Wirtschaft bis zum Ende dieser Legislaturperiode ein. Gemeinsame Ziele der Regierungskoalition müssen regelmäßig überprüft und getroffene Entscheidungen an die aktuellen

Entwicklungen angepasst werden. Wir, wie auch unser Koalitionspartner, diskutieren gemeinsam und hinterfragen dies durchweg und legen auch den Koalitionsvertrag nie so aus, dass er negative Wirkungen hat. Auch dort, wo es eventuell frühere CDU-Positionen und Wünsche betrifft.

Unter anderen gehören hierzu die Themengebiete:

1. Finanzen/Steuern

Keine weitere Belastung irgendeines Wirtschaftszweiges durch Handeln der NRW-Landesregierung. Keine Sondersteuern oder Steuererhöhungen, denn diese kosten indirekt Arbeitsplätze in dieser angespannten Lage. Und diese setzen immer eine Spirale mit Wirkungen in andere Sektoren in Gang: Deshalb beispielhaft kein Rohstoffabgabe, die ökologisch kontraproduktiv wäre und das Bauen in NRW weiter deutlich verteuern würde. Das im Koalitionsvertrag vorgesehen Rohstoffmonitoring muss erst abgeschlossen sein, um zu entscheiden, ob eine Abgabe sinnvoll ist. Bisher spricht alles dagegen. Keinesfalls kann dies in dieser Legislatur erfolgen.

2. Arbeit

Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt eine hohe Tarifbindung. Dies ist auch im Koalitionsvertrag unterstrichen worden. Dort steht aber kein Satz dazu, dass es ein landesweites Tariftreuegesetz geben soll. Vergabestellen sollen beraten und unterstützt werden. Neue Regeln soll es nur dann geben, wenn dies unabdingbar nötig ist. In dieser aktuellen Wirtschaftslage ist es nicht nur nicht nötig, sondern auch absolut gefährlich für den Standort, neue Gesetze und bürokratische Lasten zu schaffen, die wir selbst als CDU erst vor einigen Jahren zurecht abgeschafft hatten.

3. Energie

Die Energiekosten am Standort Deutschland bleiben eine dauerhafte Belastung für unsere Wirtschaft. Die Energiewende gerät zum Desaster für die Bundesregierung. Kaum ein Bundesland ist so von tragbaren Energiekosten beeinflusst wie Nordrhein-Westfalen. Deswegen muss NRW weiterhin in der Spitze der Bundesländer den Druck auf die Bundesregierung hochhalten. Die Abschaffung der Stromsteuer - nicht nur die Senkung auf ein europäisches Mindestmaß - muss wieder auf den Tisch. Absolut abstruse gegenläufige Maßnahmen, wie zum Beispiel die erneute Hereinnahme von Biogasanlagen in die Stromsteuer durch den Bund müssen auf erbitterten Widerstand unseres Bundeslandes stoßen.

4. Deregulierung und Entbürokratisierung

Gerade in „Wendezeiten“, in denen sich im Jahr nach einem Koalitionsvertrag alles geändert hat, muss man im Interesse des Landes, des Standortes und vor allem der Arbeitsplätze in unserem Bundesland das Richtige umsetzen und das sein lassen, was schadet. Einiges im Koalitionsvertrag ist daher obsolet geworden. Alles muss nun vor einem neuen Hintergrund - dem des wirtschaftlichen Absturzes - bewertet und ausgelegt werden. Es darf Nichts hineininterpretiert werden, was da nicht steht und Belastungen schafft.

Aber dort, wo der Koalitionsvertrag Entlastung durch Deregulierung verspricht, da muss gehandelt werden. Wir als CDU fordern von der NRW-

98 Wirtschaftspolitik ein, dass wir jetzt umso mehr „... behördliche Entscheidungs-,
99 Genehmigungs- und Prüfungsprozesse standardisieren, vereinfachen, verkürzen,
100 verpflichtend digitalisieren und soweit möglich automatisieren“, die versprochene
101 und bereits eingeleitete Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung forcieren
102 und das postulierte „One-In-One-Out“-Versprechen umsetzen. Obwohl diese
103 Zeiten eigentlich sogar einen deutlichen Abbau bei den Regulierungen benötigen,
104 ist dies das Minimum dessen, was wir für die Attraktivität und den Wohlstand
105 unseres Bundeslandes tun müssen. Die Clearingstelle Mittelstand wollen wir
106 stärken.